

Klimawandel als Chance für Bewusstseinswandel

Ludwig Paul Häußner / André Presse - Interfakultatives Institut für Entrepreneurship -
Universität Karlsruhe (TH)

Ein systematischer Ansatz, um die Probleme weiter steigender CO₂ Emissionen Griff zu bekommen ist erforderlich. An ihm orientiert sich die folgende Ausführung.

Legitim und im Interesse sowohl der Umwelt, des individuellen Rechts auf Nutzung der Natur wie auch der unternehmerischen Initiative sind entgeltliche Emissionsrechte. Dieses Vorgehen ist in Bezug auf die Energiekosten methodisch geeignet, da zwischen Kohlenstoff, seiner Verbrennung und Kohlendioxid eine feste Beziehung besteht: aus jeder Tonne Kohlenstoff werden 3,7 Tonnen Kohlendioxid. Für die Förderung und den Verkauf von Kohle und Öl als primären Energieträgern gälte auf diese Weise: Wer Kohlenstoff herstellt oder in Verkehr bringt, muss zunächst die Berechtigung hierzu erwerben.

Mit Hilfe von Emissionsrechten und deren institutionell in geeigneter Weise gestalteten Handel kann Energiepolitik von der Quelle her betrieben werden. Diese ist in folgender Weise zu denken und zu gestalten: systematisch unterteilt sich der Ansatz in das Begrenzungsproblem (1. Ebene - normativ-legislative Ebene), das Problem der Verteilung der Emissionszertifikate (2. Ebene - Allokationsebene der Produktionsfaktoren) und die Verwendung der ökonomischen Gegenwerte (Preise) der Zertifikate (3. Ebene - Rückvergütungsebene).

Auf der *ersten* - normativ-legislativen - Ebene sind die Aufnahmefähigkeit des atmosphärischen Speichers zu ermitteln und damit das maximale Emissionsvolumen zu beschließen. Das Gesamtvolumen der Verschmutzungserlaubnis ist somit an klimapolitischen Notwendigkeiten orientiert.

Auf der *zweiten* Ebene der Allokation sind die Emissionsrechte weltweit zu versteigern. Die Zahlungsbereitschaft der einzelnen Bieter - dies dürften in der Regel Konzerne sein – richtet sich nach deren unternehmerischen Fähigkeiten, die in der sparsamsten Verwendung mit dem Verschmutzungsrecht liegt und die sich in der effizientesten Nutzung bei der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen ausdrückt. Die Gesamterlöse repräsentieren also den Knappheitswert des atmosphärischen Aufnahmespeichers.

Auf Ebene *drei* der Rückvergütung wird dem gleichen Recht aller Menschen an der Natur - das nicht bei Nationen, Unternehmen oder Interessengruppen liegen darf - zum Ausdruck, das gegenwärtig von Staaten wie Indien als Bedingung für eine Beteiligung an den klimapolitischen Bemühungen der weltweiten Staatengemeinschaft eingefordert wird. Dieses Teilhaberecht eines jeden Menschen an den Schätzen der Natur würde dadurch realisiert, in dem es monetarisiert - sprich: in Geld umgemünzt - und nicht Staaten oder Unternehmen zugesprochen wird. Das gleiche Teilhaberecht jedes Einzelnen bezieht sich dann auf den Versteigerungserlös, der pro Kopf der Weltbevölkerung rückzuvergüten ist.

Die Folgen des skizzierten Vorgehens, insbesondere die Auswirkungen auf Kaufkraft, Warenströme und Wohlstand, Selbstbestimmung und Stärkung einer subsidiären Lebensweise der Menschen kann sich ein jeder selbst geistig vergegenwärtigen. Das hier betrachtete Problem einer Erhöhung der Energiekosten würde sich in der Weise umgestalten, als dass die Energiekosten zwar steigen würden. An die Stelle sprudelnder Gewinne für wenige würden jedoch erhöhte Rückvergütungen und damit die Möglichkeit zum Erwerb von Energie zu gestiegenen Preisen treten.

Zu den Vorteilen eines solchen Vorgehens zählt der geringe finanzielle Aufwand des Verfahrens und ein weltweit einheitlicher und standortunabhängiger Emissionspreis. Hierdurch sind Staaten nicht mehr durch die heimische Industrie mit Abwanderungsdrohungen erpressbar. Die Unternehmen erhalten einen stärkeren wirtschaftlichen Anreiz, sparsam mit CO₂ umzugehen - technischer Fortschritt und ökonomisch rentable Energiesparinvestitionen gehen Hand in Hand. Der skizzierte Weg ist weltweit zu denken. Durch eine Versteigerung von CO₂-Zertifikaten und eine Rückvergütung an die Menschen erhalten beispielsweise China und Indien einen systematischen Anreiz, sich am Klimaschutz zu beteiligen. Die Rückvergütung einer CO₂-Abgabe pro Kopf würde auch in Deutschland den Klimaschutz demokratiefähiger machen. In Bezug auf die Ressourcenpreise wäre gesichert, dass steigende Preise auch zu steigenden Rückvergütungen führen - und Energie somit erschwinglich bleiben: Steigen die Rohstoffpreise erhöht sich auch die Auszahlung aus der Rückvergütung.

Fazit: Energiepreise müssen steigen, wenn ein zunehmender Teil der Menschheit nachhaltig in den Genuss der wirtschaftlichen Produktionsfähigkeiten kommen soll. Gewinne der Energieversorger sollen aus erfolgreicher unternehmerischer Initiative entstehen können und nicht aus monopolartigen Vorrechten an den natürlichen Ressourcen entstehen. Ein Anstieg der Ressourcenentgelte und damit der Kosten für die Ressourcennutzung führt zu einer sparsameren Verwendung der Naturgrundlage: die Versorger gehen schonender mit den Ressourcen der Erde um. Wirtschaftliche Dynamik wird so umweltverträglich und nachhaltig. Durch die Rückvergütung der Ressourcenentgelte ist das (monetarisierte) Recht aller an der Naturgrundlage gewahrt. Die ökonomischen Anreize zu unternehmerischer Initiative bleiben erhalten und werden - durch die Stärkung der Kaufkraft zum Beispiel in strukturschwachen Regionen - sogar gestärkt.

Quelle:

http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/kommentarseite/1/der-fehler-imsystem/?tx_skpagecomments_pi1%5BshowComments%5D=1&tx_skpagecomments_pi1%5BshowForm%5D=1&cHash=72bebe2785
14.12.2007 18:23 Uhr: